

Eröffnungsrede

Harald Wolf, Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen zur Fachtagung „Gleichstellung weiter denken“ am 29. November 2007

„Gleichstellung weiter denken“ so lautet meine Einladung an Sie, mit uns heute gemeinsam neue Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin zu entwickeln und zu diskutieren. Angesichts sich teils dramatisch verändernder Lebensumstände im beruflichen, im öffentlichen und im privaten Bereich müssen wir bisherige Inhalte und Strategien der Gleichstellungspolitik auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und uns den neuen Herausforderungen stellen.

In Vorbereitung dieser Debatte haben wir ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm des Berliner Senats mit Zielsetzungen für die aktuelle Legislaturperiode entworfen, das Ihnen allen in der Tagungsmappe vorliegt.

Ich freue mich sehr über das große Interesse, das dieses Programm bereits im Vorfeld gefunden hat. Heute möchten wir Sie alle als Experten und Expertinnen in Fragen der Gleichstellungspolitik nach Ihrer Meinung fragen, weitere Anregungen und auch Ihre Kritik hören, die in die Überarbeitung des Entwurfs im Anschluss an diese Tagung einfließen werden.

Die Wirksamkeit bisheriger nationaler Strategien lässt sich unter anderem daran messen, welche Position Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn in Bezug auf die erreichte Gleichstellung von Frauen und Männern hat. Die 17. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister und -ministerinnen - kurz GFMK- hat anlässlich des Europäischen Jahrs der Chancengleichheit für alle einen solchen Vergleich zwischen 25 EU-Ländern vorgelegt. In vielen gleichstellungsrelevanten Handlungsfeldern ist für Deutschland ein besonders großer Handlungsbedarf erkennbar. Die Bundesrepublik bewegt sich bei den meisten dieser Indikatoren im letzten Drittel:

- bei der sogenannten Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden belegt sie den 19. Platz;
- beim Anteil von Frauen in Führungspositionen den 20.;
- der Vergleich des Anteils von erwerbstätigen Frauen in Naturwissenschaften und Ingenieurwesen ergibt den 22. Platz.
- bezogen auf die Höhe der Entgeltdifferenz liegt Deutschland besonders weit hinter anderen Ländern zurück: hier belegt es Rang 23.

Die GFMK hat die Bundesregierung nochmals eindrücklich aufgefordert auf ihrer Ebene tätig zu werden. Sie hält vor allem die Stärkung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen für ein vordringliches Ziel.

Die Vergleichszahlen kennt die Bundesregierung natürlich auch. Die Studien und Berichte, nicht zuletzt der von der Bundesregierung an eine Expertenkommission vergebene 7. Familienbericht, der u.a. so renommierte Wissenschaftler wie Frau Prof. Jutta Allmendinger und Prof. Dr. Hans Bertram angehörten, kommen sich in ihren Analysen der Ursachen dieses Gleichstellungsdefizits in Deutschlands sehr nahe.

Im Zentrum stehen immer wieder die unzureichenden Rahmenbedingungen für Frauen, Erwerbstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren (Das gilt für Männer natürlich auch – aber hier gibt es nicht so allgemeine unmittelbare Benachteiligungen, die das ganze Geschlecht betreffen.) Die in Deutschland üblichen langen Zeiten der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern lässt Frauen sehr schnell in ihrem beruflichen Werdegang hinter

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

gleichaltrige Männer zurückfallen. Ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren sind daher unbedingt erforderlich, um dauerhafte berufliche Nachteile für Frauen mit Kindern zu verhindern und bessere Aufstiegs- und Karrierechancen für Frauen zu ermöglichen.

Es ist der Durchsetzungsfähigkeit der Bundesministerin Frau von der Leyen zu verdanken, dass an dieser Stelle nach langen Jahren der Stagnation etwas Bewegung eingetreten ist. Die mit Bundesmitteln unterstützte Einrichtung zusätzlicher Kinderbetreuungseinrichtungen ist politisch genau so begrüßenswert wie die Einführung des Elterngeldes. Beides hilft, die Dauer der Erwerbsunterbrechung zu reduzieren und schafft den Einstieg in eine Verantwortung für die Versorgung von Kindern auch durch die Väter.

Alle anderen Empfehlungen, die sich aus dem Vergleich der erfolgreichen Gleichstellungsmaßnahmen vor allem der nördlichen europäischen Länder als positive Modelle auch für Deutschland ableiten ließen, stoßen jedoch nach wie vor auf erbitterten Widerstand der konservativen Kräfte in unserem Land, die nicht nur bei den Christdemokraten zu verorten sind. Immer noch sind die wesentlichen Weichen in der Steuer- und Sozialpolitik so gestellt, dass sich eine berufliche Unterbrechung für Kinderbetreuung kurzfristig für Frauen rechnet. Das Ehegattensplitting und die kostenfreie Mitversicherung nichterwerbstätiger Ehepartner in der Krankenversicherung, um nur zwei Beispiele zu nennen, sind zusammen mit dem Anspruch auf einen dreijährigen Erziehungsurlaub pro Kind, kurzfristige Vorteile, denen aber langfristige Nachteile wie die oft sehr schwierige Rückkehr in den Beruf und viele Nachteile in der sozialen Sicherung gegenüber stehen.

Die Bundesregierung hat weitgehend alle Chancen vertan, bei den Reformen für unser Land, die eigentlich große Reformen sein müssten, die Interessen von Frauen zu berücksichtigen. Das ist bei der Krankenversicherung der Fall und setzt sich in den Bedarfsgemeinschaften für Hartz IV-Empfängerinnen fort, die meist Frauen den Haushaltsvorständen unterordnet. Selbst bei der Mindestlohndebatte, soweit es in der Bundesregierung Befürworter gibt, wird übersehen, wie hoch der Anteil von Frauen an den prekären Beschäftigungsverhältnissen ist und wie wichtig es wäre, für Frauen in den niedrig entlohnten Dienstleistungsbereichen eine menschenwürdige Lohnuntergrenze festzulegen.

Ein aktuelles Versagen ist bei der Reform des Steuerrechts zu beklagen. Ähnlich alt wie die Debatte um die negativen Auswirkungen des Ehegattensplittings ist die Diskussion um die Steuerklasse V. Die Möglichkeit, das größere Einkommen in einer Ehe zu Lasten des kleineren geringer zu besteuern, führt dazu, dass Frauen bei allen Sozialleistungen benachteiligt werden, die nach dem Nettoeinkommen berechnet werden – das gilt übrigens auch für das Elterngeld! Obwohl die Abschaffung der Steuerklasse V Bestandteil der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD im Bund war, ist wieder nichts passiert.

Das gleiche Bild zeigt sich beim verabredeten längeren Bezug von Arbeitslosengeld I für Ältere. Die Finanzierung dieser Maßnahme durch Ausdehnung der Vorversicherungszeiten trifft vor allem Frauen mit gebrochenen Erwerbsbiografien, Niedrigqualifizierte und Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen.

Trotz Einführung des Elterngeldes und gewisser Verbesserungen der künftigen Kinderbetreuungssituation macht die Bundesregierung eine gegen die Interessen von Frauen gerichtete konservative Familienpolitik. Von Gleichstellungspolitik ist schon lang keine Rede mehr!

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ 29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

Die oben skizzierten, längst überfälligen Reformen, wirken sich negativ auf die Möglichkeiten der Gleichstellungspolitik auf Landesebene aus.

Das wird uns aber nicht daran hindern, in Berlin unsere Bemühungen für die Gestaltung einer geschlechtergerechten Stadt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln voranzubringen. Wir können hier schon auf viele Erfolge zurückblicken und an begonnenen Strategien anknüpfen.

Mit der Formulierung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms wollen wir die Debatte um Inhalte und Ziele der Gleichstellungspolitik in Berlin fortsetzen, die der Berliner Senat 2005 mit den „Frauenpolitischen Schwerpunktsetzungen“ begonnen hat. Dort stand die konkrete Untersuchung der Situation von Frauen in Berlin im Vordergrund und die Identifizierung besonderer Problemstellungen, die politische Interventionen erfordern. Eigenständige Existenzsicherung und der Ausgleich sozialer Nachteile waren die beiden Schwerpunkte, die mit erfolgreichen Förderprogrammen und Maßnahmen umgesetzt wurden.

Weil diese Schwerpunktsetzungen und Programme weiteren Bestand haben sollen, möchte ich, obwohl es heute in erster Linie um die Formulierung von Zukunftsperspektiven gehen soll, an dieser Stelle drei Beispiele herausgreifen, in denen die Ergebnisse unserer Gleichstellungspolitik weit über Berlin hinaus Beachtung gefunden haben:

1. Beispiel:

Berlin hat aktiv die Verbindung der Ressorts Wirtschaft und Frauen vorangetrieben. Mit der Landesinitiative zur Förderung der Chancengleichheit in der Berliner Wirtschaft haben wir alle wichtigen Partner gewonnen, um Berliner Unternehmen für Gleichstellungsfragen zu sensibilisieren und sie von den Vorteilen einer auf Chancengleichheit zielenden Unternehmensstrategie zu überzeugen. Unser gemeinsames aktuelles Vorhaben, kleine und mittlere Unternehmen bei der Einführung von Elementen des Diversity Managements zu unterstützen, in dem wir best-practice Beispiele in Berliner Unternehmen ermitteln und vorstellen wollen, ist bereits jetzt auf großes Interesse gestoßen.

2. Beispiel:

Die kontinuierliche Verbesserung der Bekämpfung häuslicher Gewalt bildet in Berlin seit vielen Jahren einen festen Bestandteil der Gleichstellungsarbeit. Das Berliner Interventionsprojekt ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie erfolgreich eine systematische und koordinierte Zusammenarbeit von Senatsverwaltungen, Polizei und Projekten sein kann.

Nach Abschluss der Modellphase des Berliner Interventionsprojektes haben wir mit der festen Etablierung der Berliner Interventionszentrale, der BIG-Hotline und den durch die Mobile Intervention und den Proaktiven Ansatz ergänzten Hilfe- und Beratungsangeboten im Anti-Gewalt-Bereich deutlich Maßstäbe gesetzt. Ich freue mich besonders, dass es nun im Zuge der Haushaltsdebatten gelungen ist, die Finanzierung der sozialen Trainingskurse für Täter in der Zuständigkeit der Justizverwaltung fest zu verankern.

Mein 3. Beispiel:

Das Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre verbindet die Förderung der Qualifizierung von einzelnen Wissenschaftlerinnen mit strukturellen Veränderungen an den Hochschulen. Weil wir das Programm in der Vergangenheit immer aktuellen Entwicklungen und Tendenzen angepasst haben, genießt es eine hohe Akzeptanz in der Berliner Hochschullandschaft. Nicht ohne Stolz kann ich sagen, dass das Berliner Programm einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hat und weiter leisten wird, dass die Berliner Universitäten in Bezug auf die Förderung von Frauen eine Spitzenposition im nationalen Vergleich einnehmen.

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ 29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

Die Schwerpunkte der „Frauenpolitischen Schwerpunktsetzungen“

- Herstellung bzw. Sicherung der materiellen Eigenständigkeit von Frauen und
- Ausgleich sozialer Nachteile

wurde auch durch den im Auftrag meiner Verwaltung vom Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt verfassten Bericht „Frauen in Berlin: Bildung, Berufe, Einkommen“ bestätigt.

Mit dem Entwurf für ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für den Zeitraum 2008 – 2011, also für diese Legislaturperiode, legen wir nun eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung dieser Ansätze aus den Jahren 2005 und 06 vor.

Warum ist eine inhaltliche Weiterentwicklung erforderlich?

Gleichstellungspolitik legte in der Vergangenheit ihren Schwerpunkt auf eine Politik der gezielten Verbesserung der Situation von Frauen. Das war und ist auch weiterhin notwendig, weil die Chancen im beruflichen, privaten und öffentlichen Bereich zwischen Männern und Frauen trotz aller Fortschritte und Bemühungen in aller Regel – und mit nur wenigen Ausnahmen – zu Ungunsten von Frauen verteilt sind.

Umgekehrt haben die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, die bessere Bildung, die Stärkung der beruflichen Position von Frauen und das vermehrte Angebot öffentlicher Kinderbetreuung die ökonomische Unabhängigkeit, die öffentliche Partizipation und das Selbstbewusstsein von Frauen gestärkt. Dies blieb nicht ohne Auswirkung auf das Verhältnis der Geschlechter zueinander. Mehr Freiheit, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung hat neue Lebensformen entstehen lassen und persönliche Abhängigkeiten zurückgedrängt. Gleichzeitig nahmen aber auch die Ungewissheiten und Unsicherheiten zu: Trennungen von Partnerschaften, gleich ob verheiratet oder nicht, nehmen zu; es ist riskanter geworden, sich für Kinder zu entscheiden, weil es nicht garantiert ist, dass beide Elternteile sie gemeinsam groß ziehen.

In verschiedenen Bereichen wurde deutlich, dass die Förderung von Frauen zwar sehr wichtig ist, sie allein aber nicht ausreicht, um eine geschlechtergerechte Gesellschaft, das heißt eine Gesellschaft, in der die freie, individuelle Entfaltung von Frauen und Männern möglich ist, ohne von starren und traditionellen Rollenmustern eingeengt und beschränkt zu werden, zu erreichen. Eine neue, gerechtere und gleichberechtigtere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern bezogen auf Kindererziehung und Pflege ist aber neben der Schaffung von angemessenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die zentrale Voraussetzung für den weiteren Abbau von Diskriminierungen in der Arbeitswelt, im öffentlichen und im privaten Raum.

Es gilt den Blick der Gleichstellungspolitik zu erweitern auf die systematische Entwicklung emanzipatorischer Ansätze für beide Geschlechter, für Frauen und Männer. Dass auch Männer sich ändern müssen, damit Gleichberechtigung Wirklichkeit wird, liegt auf der Hand. Das geht sicher mit dem Verlust von Privilegien oder auch von vermeintlichen Privilegien einher. Auf der anderen Seite gibt es aber auch viel zu gewinnen: Ein Leben, in dem nicht einseitig die Zwänge der Arbeitswelt dominieren, sondern Gestaltungsoptionen für die Verbindung verschiedener Lebensbereiche gewonnen wird.

Damit habe ich in aller Kürze die inhaltliche Neuorientierung, die wir mit dem gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm verfolgen, umrissen. Die strategische Neuorientierung ist die zweite Ebene des Entwurfs.

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ 29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

In der Vergangenheit haben wir die politischen Erfordernisse für Gleichstellungspolitik stark aus der Perspektive der Lebensverhältnisse von Frauen entwickelt. Aus der Analyse der Situation von Frauen in Ausbildung und Beruf wurden z.B. Forderungen an Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik formuliert und die Erfahrung gemacht, dass diese Anliegen von den Verantwortlichen oft als zusätzliche Aufgaben begriffen wurden, jenseits dessen, was eigentlich auf der politischen Agenda steht. Und damit liefen sie immer Gefahr, als nachrangige behandelt zu werden.

Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm geht hier einen neuen Weg: Ich bin der Überzeugung, und das haben wir auch im Entwurf aufgezeigt, dass es für die zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit keine angemessenen und nachhaltigen Lösungen geben wird, wenn nicht die Gleichstellung von Männern und Frauen immer mit in den Focus der Analysen und der Entwicklung von Maßnahmen genommen wird. Darin sehe ich auch die notwendige inhaltliche Weiterentwicklung des Gender Mainstreaming- Ansatzes. In sinnvollen und politisch relevanten Handlungsfeldern sollen die Methoden und Instrumente des Gender Mainstreaming helfen, zu besseren Problemlösungen für die Menschen in unserer Stadt zu kommen. In dieser Verbindung liegt die Chance, die Menschen von der Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes zu überzeugen und bestehende Widerstände zu überwinden.

Auf Ebene der Berliner Landespolitik stehen wir insbesondere in fünf Politikfeldern vor großen Herausforderungen, damit Berlin eine wirtschaftlich erfolgreiche und lebens- wie lebenswerte Stadt wird. Diese Politikfelder

- Bildungsreform,
- Arbeitsmarkt und Fachkräftemangel,
- Demografischer Wandel,
- soziale Gerechtigkeit und
- Integration

sind heute Nachmittag auch jeweils Gegenstand der fünf Fachforen. Ich will sie deshalb im Folgenden nur ganz kurz skizzieren:

Das **erste Politikfeld** heißt Bildungsreform.

Für die Zukunft der Stadt hängt vieles davon ab, ob es uns gelingt, unsere Bildungseinrichtungen zu befähigen, Kindern und Jugendlichen die Rahmenbedingungen zu bieten, die es braucht, um erfolgreich und gern zu lernen. Das setzt voraus, dass kindgerechte Bildung so früh wie möglich beginnt und sich so weit wie möglich an der jeweiligen Individualität von Kindern und Jugendlichen, an ihren Fähigkeiten, an ihren Interessen und an ihrem je eigenen Tempo orientiert. Das schließt auch ein, Kinder als Jungen und als Mädchen wahrzunehmen und eigenes pädagogisches Handeln zu überprüfen, inwieweit -meist unbewusst- traditionelle Vorstellungen über das, was Jungen oder Mädchen sind oder zu tun haben, der Individualität des Kindes nicht gerecht werden.

Wichtig scheint mir auch zu sein, Anstrengungen zu unternehmen, mehr männliche Erzieher und Grundschullehrer auszubilden und zu beschäftigen, damit Jungen und Mädchen in der Erziehung mehr Beispiele praktisch gelebter Weiblichkeit und Männlichkeit erfahren können.

Aber nicht nur in pädagogischer Hinsicht bietet das Bildungssystem viele Anknüpfungspunkte für Gleichstellungspolitik. Aus Sicht der Eltern sind Kitas und Schulen auch Betreuungseinrichtungen, deren Verlässlichkeit und zeitliche Organisation bedeutsam für die Erwerbstätigkeit von Eltern, insbesondere noch von Frauen sind. Als häufigen Stressfaktor im Arbeitsleben benennen Frauen Ungewissheiten und enge zeitliche Vorgaben seitens der Bildungseinrichtungen. Vorstellungen, dass tagsüber jederzeit die Mutter bei Stundenausfall in der Schule, für die Zubereitung eines Mittagessens und für individuelle Nachhilfe bei Schularbeiten zur Verfügung steht, verträgt sich ü-

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“

29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

berhaupt nicht mit den Wünschen der meisten Eltern und erst recht nicht mit den Anforderungen der Arbeitswelt.

Damit komme ich zur **zweiten Herausforderung**: Die Anforderungen, die eine wachsende Wirtschaft bezüglich Arbeitskräfte und insbesondere Fachkräften an Berlin stellt.

Als Wirtschaftsminister ist es mir besonders wichtig, Wirtschaftsbereiche in Berlin zu stärken und Unternehmen an Berlin zu binden, die Motoren der Wirtschaft bilden, d.h. innovative, kreative Unternehmer und Unternehmerinnen in zukunftsfähigen und attraktiven Sektoren. Wir konzentrieren uns dabei auf die Kompetenzfelder Biotechnologie, Medizintechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie, die Verkehrssystemtechnik, die optischen Technologien und die Gesundheitswirtschaft. Wenn diese Branchen sich so entwickeln, wie wir es wünschen, werden dafür qualifizierte und hochqualifizierte Fachkräfte benötigt. Schon heute zeichnet sich in einigen Sektoren ein Mangel an geeigneten Fachkräften ab. Hier liegen gute Chancen für qualifizierte Frauen attraktive Jobs zu bekommen.

Das Arbeitsplatzangebot steigt auch im Dienstleistungsbereich, sowohl bei den unternehmensnahen Dienstleistungen als auch bei den personenzentrierten. In beiden Bereichen gibt es Nachfragen für qualifizierte Tätigkeiten, aber auch für einfache, niedrig entlohnte Arbeiten. Mir ist wichtig, dass auch letztere „gute Arbeitsplätze“ werden, d.h. angemessene Bedingungen bezüglich Arbeitszeiten und Bezahlung bieten. Leider konnte sich eine Berliner Initiative zur Einführung eines allgemeinen Mindestlohns nicht durchsetzen. Soweit es in der Kompetenz des Landes liegt, z.B. bei der Vergabe von Aufträgen des Berliner Senats, nutzen wir verstärkt unsere Einflussmöglichkeiten auf Unternehmen.

Ich erwähnte eingangs die Berliner Landesinitiative zur Förderung der Chancengleichheit in der privaten Wirtschaft. Hier gibt es noch einiges zu tun, insbesondere in Richtung der kleinen und mittleren Unternehmen, die die Potenziale eines Leitbildes Gleichstellung in ihren Unternehmen noch nicht vollständig erkannt und damit auch noch nicht ausreichend in ihr Personalmanagement integriert haben.

Das Thema Fachkräftemangel spielt auch bei der **dritten Herausforderung**, mit der Berlin konfrontiert ist, eine Rolle: dem demografischen Wandel.

Anders als bei den meisten der neuen Bundesländer gehen die Prognosen für Berlin nicht davon aus, dass die Bevölkerung stark abnehmen wird, sondern sie wird in etwa stabil bleiben. Charakteristisch für Berlin wird vielmehr sein, dass die Berliner Bevölkerung älter und internationaler werden wird.

Berlin hat in den Jahren nach der Wiedervereinigung viele junge Familien an das Umland verloren. Es hat damit eine Entwicklung nachgeholt, die in anderen deutschen Großstädten kontinuierlich stattgefunden hat, weil die Vorstellung von einem eigenen Haus im Grünen gerade für Familien mit kleinen Kindern sehr attraktiv ist.

Heute erleben wir, dass Familien teilweise wieder nach Berlin zurückziehen. Das wird nicht nur durch die instabileren Familienverhältnisse verursacht, vielmehr entdecken junge Familien, dass auch eine Stadt Menschen mit Kindern viel bieten kann: eine gute Infrastruktur und Dichte an Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, öffentliche Verkehrsmitteln, nicht zu vergessen die Vielfalt der kulturellen Angebote. Ein anderer Aspekt scheint mir aber ebenfalls noch wesentlich: Eine

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ 29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

Stadt wie Berlin bietet jungen Menschen bessere Möglichkeiten, Berufstätigkeit mit familiären Aufgaben zu verbinden. Die Entwicklung des Prenzlauer Bergs ist hierfür ein gutes Beispiel. Diesen Trend, Berlin attraktiv für junge Familien zu machen, müssen wir durch eine entsprechende Stadtgestaltung verstärken.

Auch fürs Älter werden bietet die Stadt viele Alternativen und Gestaltungsmöglichkeiten. Auch hierfür ist die Infrastruktur – öffentliche Verkehrsmittel, wohnortsnahe Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten, passende kulturelle Angebote – in Berlin bereits gut, kann aber noch stärker an die Erfordernisse Älterer angepasst werden. Für die Erprobung neuer Lebensformen im Alter, insbesondere für Alleinstehende, können wir vorbildhaft tätig werden.

Partizipation am gesellschaftlichen Leben setzt eine ausreichende materielle Absicherung im Alter voraus. Insbesondere allein lebende Frauen verfügen oft über kein ausreichendes Einkommen. Altersarmut durch Stärkung der finanziellen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit von Frauen möglichst zu vermeiden ist ein Teil der Herausforderung soziale Gerechtigkeit, des **vierten Handlungsfeldes**.

Auch in Berlin droht die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander zu gehen. Der aktuelle Wandel der Stadt zu einem Zentrum für junge, kreative und erfolgreiche Menschen darf nicht dazu führen, dass ärmere oder benachteiligte Gruppen, durch zu geringe Einkommen oder durch andere Behinderungen von der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden.

Ein zentrales Anliegen ist es mir, dabei die Situation von allein Erziehenden in den Blick zu nehmen. Allein Erziehende sind mit ihren Kindern in hohem Maß Armutsrisiken ausgesetzt. Für sie stellt sich die Problematik von Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung noch schärfer als bei Paaren mit Kindern. Deutlich wird dies in allen außergewöhnlichen Situationen: die Erkrankung eines Kindes oder eine eigene Erkrankung zeigen schnell, wie fragil gefundene, im normalen Alltag taugliche Lösungen sein können.

Die Arbeitsplatzsuche stellt sich für allein Erziehende schwieriger dar, weil sie noch stärker mit dem Vorurteil der Nichtverfügbarkeit konfrontiert werden. Längere Zeiten der Nichterwerbstätigkeit mindern aber nicht nur dauerhaft die Chancen einer beruflichen Reintegration der allein Erziehenden, sie reduzieren auch durch materielle Einschränkungen die Entfaltung der Kinder und deren Teilhabe z.B. an der Freizeitgestaltung Gleichaltriger.

Die letzte, die **fünfte große Herausforderung**, die Berlin zu bewältigen hat, dreht sich um eine neue erfolgreiche Integrationspolitik. Das zweite Berliner Integrationskonzept „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ zeigt neue Wege der Integration für unsere immer internationaler werdende Berliner Gesellschaft auf.

Ein Zentrum der Integrationsdebatte bildet dabei das Dreieck Bildung, Ausbildung und Erwerb. In allen Bereichen lohnt ein Blick auf die unterschiedliche Situation von Jungen und Mädchen, von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund, denn die Probleme, vor denen eine erfolgreiche Integrationspolitik hier steht, stellen sich durchaus unterschiedlich dar. Hierzu nur ein Beispiel: Mädchen mit Migrationshintergrund machen die besseren Schulabschlüsse, fallen aber zurück, wenn es um Ausbildung und spätere Erwerbstätigkeit geht. Wir müssen also die Hindernisse genau analysieren, warum die männlichen Kinder und Jugendliche schlechter abschneiden und welche Umstände für die Schwierigkeiten der jungen Frauen verantwortlich sind. Wir müssen uns fra-

Kongress „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“
29.11.2007, Hotel Berlin, Berlin

gen, welche Anforderungen an die Schulen zu stellen sind, wie Eltern für eine Unterstützung ihrer Kinder aktiviert werden können.

Mit diesen Beispielen will ich es bewenden lassen. In den Fachforen am heutigen Nachmittag wird es noch Gelegenheit geben, dies genauer zu erörtern.

Im Entwurf für das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm haben wir die Zielsetzungen in den einzelnen Handlungsfeldern aufgelistet. Mit diesem Entwurf wollen wir uns nicht allein schmücken. Ich möchte an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank an alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Projekten, Verbänden und der Berliner Verwaltung richten, die mit uns im Vorfeld im Rahmen von 16 Fachgruppen die verschiedenen Handlungsfelder diskutiert und ihre Vorschläge eingebracht haben. Und ich möchte Sie alle ermuntern, uns Ihre Vorschläge, Stellungnahmen und Anregungen an die eigens dafür eingerichtete Mail-Adresse zu schicken, die wir gern in die Überarbeitung des Rahmenprogramms aufnehmen werden.